

Er scheint täglich Nachmittags mit Ausgabe der Sonntagsblätter.

Abonnementpreis vierteljährlich für Halle und durch die Post bezogen 2 Mark.

Anzeigenspreis für die vierspaltige Corpus-Größe oder deren Raum 15 Pf.

Halle'sches Tageblatt.

Verlagsgebühren 9 Mark.

Inserate für die nachfolgende Nummer bestimmt, werden bis 9 Uhr Vormittags, spätere dagegen tags zuvor erbeten.

Inserate befördern sämtliche Annoncen-Bureau.

Zweimundachtzigster Jahrgang.

Amliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle und den Saalkreis.

Am Selbstverlage des Magistrats der Stadt Halle.

Nr. 300.

Freitag, den 23. Dezember.

1881.

Ausgabe- und Annahmestellen für Inserate und Abonnements bei Rob. Cohn, gr. Steinstraße 73, M. Dannenberg, Geißstraße 67, R. Penne, Leitzigstraße 77, E. Trog, Kanowstraße 6, Albert Schmidt, Dompf. 8, Ludw. Kramer, Diemig.

Politisches Tagesbild.

Ueber die geheime Allocation, die der Papst gelegentlich der Kanonisationsfeier an das Kardinalkollegium und an die Bischöfe gerichtet, hat der „Beiter Lloyd“ nachträglich Einiges in Erfahrung gebracht. Der Papst klagte, der gegenwärtige Stand der Dinge in Europa lasse keinen Zweifel darüber, daß die Sache des Papstthums bei Seite gelassen werden würde; er drückte aber zugleich seine Verteidigung darüber aus, daß einzelne Regierungen ihn ihrer aufrichtigen Unterstützung versichert hätten. Vier diese Regierungen sind, darüber hat der Papst sich nicht geäußert; aber in den unterrichteten Kreisen Roms herrscht kein Zweifel über die Art der Unterstützung, die dem Papstthum in Aussicht gestellt worden ist. Sie berechtigt keineswegs zu irgendwelchen Hoffnungen bezüglich der Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft und giebt auch keine Aussicht auf eine Veränderung des Verhältnisses zwischen Italien und dem Vatikan, das von dem Ersteren in lokaler Weise dem Garantiegesetz gemäß eingehalten wird. Der Papst selbst fühlte sich veranlaßt, in der geheimen Allocation auszugeben, daß die Dispositionen des Panis Savoyen gute seien; er bemerkte jedoch weiter, dieses Herrscherhaus sei mit der Revolution so verknüpft, daß es unsäglich geworden, irgend etwas Gutes zu wirken. Etwas Ähnliches hat Fürst Bismarck auch gesagt.

Die italienische Regierung ist mit einem Grünbuch, das 302 Artikel über die türkisch-griechische Frage enthält, an die Öffentlichkeit getreten. Als die Quintessenz ist das Streben der italienischen Politik nach einer friedlichen und dauerhaften Lösung der in Frage kommenden Schwierigkeiten zu betrachten. Die Deputiertenkammer hat sich mit dem vom Senate abgeordneten Wahlgesetzentwurf zu beschäftigen.

Die Auffassung, daß die österreichisch-ungarische Regierung mit der Erklärungsart, welche Herr Bratiano dem „Haus Habsburg“ unterbreitet, die mit der rumänischen Regierung fesselnde diplomatische Streitfrage nicht als abgethan erachten könne, gewinnt, wie der „Beiter Lloyd“ konstatiert, immer mehr an Boden. Zugleich bemerkt der „Beiter Lloyd“, daß das inswärtige Amt in Wien sachliche Erklärungen in der Donauraum seitens des Herrn Bratiano nicht antrifft und auf dieselben vollständig verzichte. Wie die Dinge nun einmal ständen, würde Oesterreich-Ungarn am besten thun, diese Frage im Vernein mit Europa ins Reine zu bringen, und was Rumänien für seine Sonderinteressen geltend zu machen habe, würde es bei Europa auszuweichen haben. Auf rumänischer Seite verspricht man sich viel von der Ankunft des bisherigen diplomatischen Vertreters Oesterreichs in Wien. Die prager Staatshalterei ist speziell angezogen worden, ihr besonderes Augenmerk der übersiehenden Vernehmung social-

demokratischer Elemente geistlicher Nationalität in Prag und Böhmen überhaupt zuzuwenden. Es ist nämlich im Laufe der jüngsten Monate wiederholt amtlich festgestellt worden, daß geistlicherseits die socialdemokratische Agitation immer drohender hervortrete und ihre Anhänger in Prag und Böhmen nach Tausenden zähle. Die Verbreitung socialdemokratischer Schriften in geistlicher Sprache sei eine massenhafte und viele derselben seien selbst aus Deutschland, der Schweiz, England und Amerika eingeschmuggelt. Es sind gegenwärtig in Prag allein 82 Socialdemokraten geistlicher Nationalität verhaftet.

Die von den Vereinigen Staaten Nordamerikas gestellte Zumuthung, an dem Clayton-Bulwer-Vertrage Änderungen zu treffen, wird in England sehr abfällig beurtheilt. — Zu dem neulich telegraphisch gemeldeten Vorfall in Langbar wird eine der englischen Admiralität zugegangene Depesche bekannt, nach welcher der Eigentümer des Sclanenschniffes, welches den Booten des englischen Kriegsschiffes „London“ überfallen leistete, wodurch Kapitän Brownrigg und einige Matrosen getödtet wurden, verhaftet sein soll. Das Sclanenschniff wurde getapert.

Winnen Klagen werden seitens des russischen Kriegsministeriums Bestimmungen über Bildung von Reserve-Offizierskorps veröffentlicht werden, die im Großen und Ganzen den begünstigten in Deutschland bestehenden entsprechen. Bisher besaß Rußland keine Reserveoffiziere und ergänzte bei eintretender Mobilmachung den Bestand der aktiven Offizierskorps nur aus verabschiedeten Offizieren, welche sich freiwillig zum Dienst meldebten. Die Militärverwaltung hat nunmehr die Truppenstärke angewiesen, bis spätestens zum 1. März 1882 ein genaues Verzeichniß aller jener früher zu ihnen gehörenden Offiziere einzureichen, welche nach dem 31. Dezember 1852 geboren — den gesetzlichen Bestimmungen nach also noch reiferpflichtig sind — und auf unbefristeten Urlaub entlassen oder gänzlich verabschiedet sind. Jene Offiziere werden den Stamm der neu zu bildenden Reserve-Offizierskorps bilden und jeder Truppenheil ein solches bilden. — Als Motiv für die letzten Verfügungen wird angegeben, man habe in dem lokale der permanenten Gemälde-Ausstellung (Galerie der Monats- und Kleinen Stallschiffen) ein von einem Besucher der Ausstellung verlorenes Blatt Papier aufgefunden, auf welchem ein sehr genau ausgeführter Plan des kaiserlichen Schlosses in Gatchina gezeichnet war. Verschiedene Zeichen mit rother Tinte legen die Vermuthung nahe, der Plan sei bestimmt worden, das Lager einer Mine in dem Schlosse zu ermöglichen. — Aus den verschiedensten Gegenden des russischen Reiches laufen fortwährend Nachrichten über Aufhebung der Bauern gegen die Obrigkeit, besonders gegen die Polizei, ein, welche letztere an mehreren Stellen, woselbst sie nicht mit genügender Energie auftraten konnte, anfangs sogar den Kürzeren zog. Den Grund zu

biesen Bauern-Unruhen gaben fast durchweg Landstreitigkeiten. — Aus Kiew wird gemeldet, daß von der dortigen Universität an einem Tage vier Studenten erschossen wurden! Nachforschungen in ihren Wohnungen ergaben, daß sie ihre Kleider und sonstigen Sachen mitgenommen, aber bezüglich der Richtung, welche die jungen Leute eingeschlagen, konnte von den Behörden nichts festgestellt werden. Jene vier Studenten sind die Söhne wohlhabender Eltern und wußten sich von einem Kiewer Geldmanne den Gesamtbetrag von 2600 Rubel zu ihrer geheimnißvollen Reise zu verschaffen. Selbstverständlich sind in Kiew über das plötzliche Verschwinden jener vier Studenten eine Menge Gerüchte im Umlaufe. Bedenklich scheint allerdings die Aussage eines Kademädchens, welches die Geliebte eines der verschundenen Studenten, Namens Constantin Strachonin, gewesen. Das Mädchen gab nämlich an, ihr Geliebter sei nach am Abend vor seinem Verschwinden zu ihr in den Laden gekommen, habe dort ein Paar Handschuhe gekauft und die Verkäuferin nach Schluß des Geschäftes in eine Konditorei bestellt, wofür sie auch gegangen sei. Dort sei der junge Mann gegen seine Gemahlin sehr schweigmäßig gewesen. Plötzlich sei er in Thränen ausgebrochen unter dem Aufse: „Ich muß Dich verlassen, wofür ich ewig verlassen, und das schneidet mir tief ins Herz! Ich werde Dich in diesen Leben nimmer wieder sehen!“ Mit diesen Worten überreichte er dem Mädchen einen wertvollen Ring, den der junge Mann an demselben Abend in einem Zinwellerladen gekauft hatte. Auf alle Fragen des Mädchens, was die Ursache seines auffälligen Benehmens sei, gab Strachonin nur ausweichende Antworten.

Die Türkei braucht wieder Geld und ist nach dem londoner Geldmarkt auf die Suche gegangen. Für die gewünschte Emission der Anleihe bietet man die privilegierte Sicherheit der Banquiers von Galata.

Abgesehen von dem gestern gemeldeten Falle eines Militär-auftrages, welcher einen anti-italienischen Charakter trägt, giebt die Situation zu weiteren Anlaß. Nach einer der „Pol. Correspond.“ aus Kairo zugehenden Mittheilung haben zwei der im Dienste der ägyptischen Armee stehenden europäischen Offiziere in unerwarteter Weise ihren Abschied erlangt. Die durch diesen arbiträren und völlig grundlosen Vorgang erregte europäische Kolonie in Kairo erlitt in demselben eine neue Frucht der Agitationen der aufreißerischen Parteien, deren notorisches Streben auf die Verdrängung aller europäischen Functionäre gerichtet ist. Die europäischen Offiziere haben gegen diesen Akt der Willkür protestirt.

Der nordamerikanische Kongreß hat sich gestern verlag. Präsident Arthur hat mit der telegraphisch gemeldeten Ernennung Howe's zum Leiter des Postwesens der Union die Bildung des Kabinetts beendet. Die Wahl der Kabinettsmitglieder liefert den Beweis, daß der Präsident entschlossen ist, sich auf die Partei der Stahlwörter zu stützen

Die Geheimnisse des Waldschlosses.

Roman aus der Zeit des Wiener Kongresses von Edmund Hahn.

(Fortsetzung.)

„Zu Waldensfeld?“ rief die Gräfin, „und heute, und jetzt? Ich bitte Dich als Deine beste Freundin, überstele Dich nicht,“ hat die Gräfin in ihrer Erregung, Marie's Anwesenheit ganz vergessen.

Konstantin verstand die herzliche Besorgniß der Gräfin, ehebetriegt führte er ihre Hand an seine Lippen und sagte gerührt: „ängstliche Dich nicht um mich ungerathenen Menschen, ich habe die Zeiten unüberlegter Entschlüsse hinter mich. Bevor der Kongreß beendet ist, nehme ich, wie schon oft gesagt, meine Abschied aus weltlichen Diensten nicht und eher ihu ich auch nicht Anderes, was mich binden könnte. Bist Du nun beruhigt, Herzengestante?“

„Vollkommen, bester Konstantin!“ Der Graf verbeugte sich nochmals förmlich vor der Fürstin und ging.

Die gute Gräfin sah einige Zeit schwiegend der Fürstin gegenüber, die bleich und aufgeregt, Mähe hatte, die Lippen zurück zu halten.

„Ich verstehe Alles das nicht,“ brach endlich die Ersteren das Schweigen; „ich will mich nicht in Ihre Geheimnisse einmischen, aber ich meine, vielleicht, wie ich Ihnen schon meine herzliche Freundschaft zu beweisen und wie wichtiglich zu erscheinen? Was ist der Grund, daß Sie und Konstantin einander so schroff, um nicht zu sagen feindselig gegenüber stehen? Ich wette, es handelt sich da um ein Mißverständnis und vielleicht klären wenig Worte zur rechten Zeit gesprochen, Alles wieder auf und Sie, meine liebe Marie und mein guter Konstantin sind wieder die Freunde, die Sie früher waren.“

„Sie geben sich zu viel Mühe, theuerste Gräfin,“ entgegnete Marie ruhig in verbindlicher Weise. „Zeit ist den Grafen von Rosenfort zum letzten Male ja, sind drei Jahre vergangen. Ich war damals ein unwissendes Kindmädchen, und wenn auch Ihre Güte mich nicht fühlte, daß ich an Stand unter Ihnen stand, so dachte der Walo-

ratserbe doch daran, und wie könnt' ich ihn deshalb tadeln? daß die Bekanntschaft nicht fortgesetzt werden darf, wenn die Schulpelt vorüber ist. Mein Vater hat in dieser Beziehung auch seine Erfahrungen machen müssen.“

„Sie irren, liebe Fürstin, ich kenne Konstantin besser,“ schaltete die Gräfin ein.

„Vielleicht in dieser Beziehung doch nicht, und wenn er auch wirklich frei von allen Standesvorurtheilen war und ist, nun, so hat er mich eben verargen und seine Reizung, alte Bekanntschaft aufzufrischen. Er hat den trantigen Feldzug in Rußland mitgemacht, in der Schlacht bei Leipzig Deutschland's Ehre verteidigt, vor Paris gekämpft, da kann ein Mann wohl ein einfaches Mädchen vergessen, das zu unbedeutend war, um ihm einen nachhalligen Eindruck zu hinterlassen. Seit ich viel in der Weltlichkeit gelebt habe, weiß ich, es ist ein fortwährendes Kommen und Gehen, man schließt schnell sogenannt Fremdenkenntnis, vergißt einander und ist dabei wahrlich glücklich, als wenn man keine ganze Seele Einem giebt und — vergessen wird. Ich habe ebenfalls in den drei Jahren so viel erlebt, daß ich — die Unwahrscheinlichkeit wollte nicht rasch über ihre Lippen; sie wurde ihr erparnt, denn Graf Armin trat ein.“

Mit aufrichtiger Freude begrüßte der liebenswürdige Mann die Fürstin, hat sie, „seine Frau“ recht oft zu besuchen und, wo sie eines österreichischen Kavalliers bedürfte, über ihn zu verfügen.“

Er erzählte allerlei Anekdoten und Interessantes, und Marie hörte zu, bis der Wagen kam, sie abzuholen.

7. Kapitel.

Eine Entdeckung.

„Süßes, herzliches, bewundernswürdiges“ sagte Konstantin zu sich selbst, als er in seinem Mantel gewickelt das Palais Armin verließ, um nicht zu Waldensfeld zu gehen, sondern, bis in die Tiefen seiner Seele verstimmt, durch die Straßen zu treten.

Damals war die Belustigung im Vergleich zu der heutigen sehr mangelhaft, aber diese Dunkelheit that ihm wohl, der Wind, der von den steilen Alpen herkommend, ihn kalt anblies, kam ihm gelegen.

Er ging über die Brücke in die stillere Leopoldstadt, und wandelte jetzt, wo er aus dem Bereich der auch in den Abendstunden belebten inneren Stadt war, langsam am Ufer der Donau auf und ab.

„War sie nicht der Inbegriff der Jungfräulichkeit und unerschütterlichen Lieblichkeit, wie sie mir an jenem Abend schicktern und doch thätigkeits bestand? Wie treu und liebevoll blühten ihre schönen Augen, und wie anmuthig konnte sie scherzen. Im Zuge erlernte sie, wozu andere Mädchen Jahre brauchen und schon damals zeigte sie, daß sie zur Repräsentation eines edlen Hauses geschaffen sei. Warum heuchelte sie mir durch jeden Blick, den süßen Laut ihrer Stimme Ahe, wenn ihr Herz nichts für mich empfand. Wir haben einander damals keine Treue gelobt, ich lernte mein Gefühl erst ganz kennen, in seiner ganzen Wahrheit und Tiefe begreifen, wie sie so plötzlich verschwunden war. Und Sie? Auf meine Briefe nicht eine Zeile Antwort, und den letzten muß sie erhalten haben! Nicht ein Wort, das mir wenigstens versichert, sie wolle mich eine Fremdin sein! O,“ fuhr der gewaltige junge Mann in seinem Selbstgespräche fort, „wie ich sie wieder sah, bewußlos, einer Sterbenden gleich, da erwachte die alte Liebe mit Gewalt, aber Gott lob, der Versuchung trug endlich den Sieg davon, ich wurde zur rechten Zeit aus meinem Traume geweckt. Wenn ich Marie wiedersehen hätte an der Seite eines von ihr geliebten Mannes, es würde mir weh thun, aber ich müßte sie nicht verachten! Jung, schön, unter dem Schutze liebevoller achtbarer Verwandten, war sie nicht durch Verhältnisse gezwungen, sich an den armen Barbaren zu verkaufen, dessen Reichthum in unglücklichen Lebenslagen besteht. Es galt nicht einen geliebten Vater vom Bankrot zu retten, für unermöglichte Geschwister eine Stütze zu erhalten, sie gab ihre schöne Person, ihre Seele, ihre Freiheit für Reichthum, für den Titel Fürstin! Wenn ich mich, um zu Rang und Reichthum zu gelangen, mit einer ungeliebten, mir widerwärtigen Frau vermählen sollte? Nein und dreimal Nein!“

Es war Mitternacht vorüber, als Graf Konstantin endlich durchkärrt und müde den Weg nach dem Palais Rosenfort einschlug.

und mit den Gegnern des Präsidenten Garfield zu regieren. Mit wenigen Ausnahmen liegt die ausübende Gewalt in den Händen der Leute, welche schon unter Grant den Verwaltungsdienst versahen. Allerdings darf man nicht übersehen, daß die Situation seit dem Rücktritt Grants wesentliche Modifikationen erfahren hat.

Deutsches Reich.

Berlin, 21. Dezember. Der Reichskanzler Fürst Bismarck wird das Weihnachtsfest nicht auf einem seiner Schlösser, sondern in Berlin erleben und während der Feiertage seine Familie mit sich vereinen. Sein Schwiegersohn, Legationsrath Graf Cuno zu Rankau, nebst Gemahlin und Kindern weist bereits im Reichskanzler-Palais und Graf Herbert Bismarck, der älteste Sohn des Fürsten, trifft am Donnerstag aus London hier ein.

Wie der „Banfalla“ erfährt, sind die unterbrochenen Verhandlungen wegen eines Besuches der italienischen Königsfamilie in Berlin durch Vermittelung des Wiener Kabinetts wieder aufgenommen worden.

Die halbamtl. „Provinzial-Korresp.“ ergänzt die mitgetheilte Nachricht des „N.-u. St.-A.“ über die Aufhebung der landesherrlichen Anerkennungsurkunde an den Bischof von Kopp von Fulda durch die Mittheilung, der Bischof werde am 26. seinen Einzug in Fulda halten, und knüpft daran noch folgende Bemerkung: „Im Interesse der katholischen Landesangehörigen ist es mit Freude zu begrüßen, daß durch das vertrauensvolle Entgegenkommen der Kurie wiederum einer der verhassten Bischofsjäger einer geordneten Verwaltung entgegengeführt ist.“

Die außerordentliche türkische Gesandtschaft hat heute Nachmittag Berlin verlassen, nachdem der Minister Ali Nizami Pascha noch zuvor von Sr. königlichen Hoheit dem Prinzen Karl, der erste Sekretär des Sultans vom Reichskanzler Fürsten Bismarck empfangen worden war.

Wie die „Post“ mittheilt, wird vor Weihnachten noch eine Bundesratsversammlung stattfinden, vermutlich am Freitag, da Herr v. Bötticher erst morgen von einer Reise nach Kiel zurückkehrt.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ legt ihre besondern Angriffe gegen den Reichstag fort. In einem Leitartikel wird ausgeführt: „Ein uneingeweihter Beurtheiler des gegenwärtigen Reichstags könnte geneigt sein, aus dem Umstande, daß in dieser illustren Versammlung ein so erhebliches Kontingent von Professoren, den berufenen Lehrern der Jugend, sich befindet, besonders günstige Schlüsse auf die bei den Debatten sich geltend machende objektive Ueberlegenheit und Reife und auf den hieraus entspringenden würdigen anstandslosen Ton der Verhandlungen zu ziehen. Derjenige, der diesen Schluss ziehen wollte, würde sich einer tiefen Unkenntnis der Natur unserer deutschen Professoren und der mit denselben vorgehenden Umwandlung, sobald dieselben von ihrem Katheder auf das Gebiet der praktischen Politik hinabsteigen, schuldig machen. Mag sein, daß diese Herren, wenn sie auf ihren Lehrstühlen über Gegenstände sich ausdrücken, die ihnen vertraut sind, und über die sie sich vorher wohl unterrichtet haben, denjenigen fühlbar, überlegenden Ton innehalten, der aus dem Bewußtsein, eine Frage gründlich zu beantworten, zu entspringen pflegt. Sobald diese selben Herren aber durch das Wechselspiel der Debatte in sich mit dem Verstande betraut sehen, die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Nation wahrzunehmen, so lassen sie die Heftigkeit der Sprachweise als Ersatz derjenigen Kenntniß politischer Fragen eintreten, die sie gewiß, wenn sie dieselbe besitzen, zum Vortrag bringen würden.“

Der Artikel kehrt sich dann gegen die Professoren Hänel, Birchow und Wilmann.

Die „Kreuzzeitung“ berichtet von einer Versammlung von deutsch-konserverativen Delegirten und Ver-

trauensmännern, welche in der zweiten Hälfte des Januar nach Berlin einberufen werden soll. Im konserverativen Lager hat das Ergebnis der Wahlen den Entschluß hervorgerufen, die politischen Organisationen zu veressen und zu befestigen, um bei einer Neuwahl zum Reichstag, sowie bei den im nächsten Jahr bevorstehenden Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus wohlgerüstet auf dem Platze zu sein.

Dem „Hann. Cour.“ wird über eine angeblich sich vollziehende „Ecession“ auf der äußersten Rechten von hier geschrieben: „Man erinnert sich noch der Vorgänge, welche um das Eingehen der „Deutschen Landeszeitung“ und die Begründung des „Deutschen Tageblattes“ spielten. Nimmehr tritt die Redaktion des eingegangenen Blattes wieder an die Öffentlichkeit, um mit einer neuen Zeitschrift, den „Politischen Gesellschaftsblättern“, die Lücke auszufüllen, welche durch das Eingehen der „Deutschen Landeszeitung“ angeblich entstanden. Die Redaktion dieser neuen Zeitschrift ist diejenige der „Deutschen Landeszeitung“, es sammeln sich um das wiederaufsteigende Organ die Freunde der altkonserverativen Partei. Die „Politischen Gesellschaftsblätter“ ziehen schon jetzt sehr heftig gegen die Offizien und ihre antipolitische Gefolgschaft zu Felde.“

Mit den ziemlich umfangreichen Vorschlägen über Verstaatlichung der Eisenbahnen, welche dem preussischen Landtage im nächsten Jahre zugehen werden, soll zuverläßig die Erwerbung von Staatsbahnen auf lange Zeit hin ihren Abschluß finden. Dem Anstalt der Berlin-Anhaltischen Eisenbahn, welcher zweifellos pervert werden wird, lag, wie die „Magd. Z.“ meint, hauptsächlich die Absicht zu Grunde, das Staatsbahngesetz gegen Süddeutschland und Oesterreich zu erweitern und aus den Verbindungen mit diesen Distrikten für den Verkehr Vortheil zu ziehen.

Die „Magd. Z.“ hört mit Bestimmtheit, daß aus den Äußerungen des Staatssekretärs des Schatzamtes in den letzten Sitzungen des Reichstages nicht zu erhellen ist, daß es demnach zu einer Wiedervorlegung des Brausteuer-Gesetzes kommen werde. Alle Steuerprojekte sind für diese Session des Reichstages, gleichviel welche Ausdehnung dieselbe gewinnen möchte, zurückgestellt.

Wie bereits gemeldet, ist das zur Aufstellung einer Unfallstatistik mittelst der Landesregierungen bei den betheiligten Betrieben gesammelte Material hier an der Centralstelle eingegangen. Dasselbe wird der „Kreuzzeitung“ zufolge dem statistischen Amte des Reiches übergeben, das die notwendige Durchsicht derselben etwa in dem Zeitraum eines Monats zu vollenden gedenkt. Mit Anfang Februar würde danach im Reichsamte des Innern die Ausarbeitung des Unfallversicherungs-Gesetzes in ihre letzten Stadien treten können.

Das Vortragsamt der dänziger Kaufmannschaft hat ebenfalls die handelsministerielle Ensur seines Jahresberichts beantwortet. Das Vortragsamt führt aus den Motiven des Gesetzes wegen Erhöhung des Wohlgehaltes den Nachweis, daß denselben thatsächlich die Voraussetzung der Vertheuerung des Getreides um den halben Betrag zum Grunde liegt. Die Darlegung der Verfüging hinsichtlich der Gründe, weshalb der Ausländer den Kornzoll trage, wird eingependelt.

Der „Wolff. Zig.“ zufolge sind die Polizeiverwaltungen und Amtsvorsteher, in deren Bezirken jugendliche Arbeiter in Fabriken beschäftigt werden, veranlagt worden, die Nachweisung über deren Zahl dem Landtrage sofort einzureichen.

Die halbamtl. „Provinzial-Korresp.“ meldet ihrem politisch verantwortlichen Leiter, dem Minister v. Puttkamer, in dessen neulich geäußerten Anschauungen über die Stellung der Beamten bei den

Wahlen in einem Artikel, dessen letzter Theil also lautet: „Die Beamten haben eben, abgesehen von der allgemeinen Stellung als Staatsbürger, welche die Verfassung ihnen zuweist, einen besondern Werth gelistet, dem Könige unterthänig, treu und gehoramt zu sein. Auf Grund dieses Eides kann der Minister allerdings verlangen, daß die Beamten nicht geradezu feindselig gegen die Regierung auftreten. Damit aber sind die Pflichten der Beamten überhaupt und besonders der politischen Beamten nicht erschöpft. Das Letztere eine besondere Stellung einnehmen, ist ausdrücklich auch von jenem Redner anerkannt worden, indem er auf die Bestimmungen hinwies, die eine ganze Reihe von Beamtenkategorien unter die Verantwortlichkeit stellen.“ Er hat andererseits anerkannt, daß der Minister seine Verantwortlichkeit nur dann ausüben kann durch die ihm nachgeordneten Beamten. Der Minister fügte hinzu, daß diejenige Beamten, welche dies bei den letzten Wahlen gethan haben, nicht bloß des Dankes und der Anerkennung der Regierung, sondern daß sie auch des Dankes des Königs gewiß seien. Diese Ermahnung des Königs scheint die Gegner der Regierung besonders erregt zu haben, und es wurde alsbald der Vorschlag der sogenannten „parlamentarischen“ Partei erntet, der Minister habe die erhabene Person des Monarchen in den leibhaftigen Wahlkampf gezogen, er habe für die gescheiterte Regierungspolitik den Schuld der Person des Monarchen für sich in Anspruch genommen. Es ist daselbe Verbalten, welches sich seit der Reichsfeier immer erneuert: es ist bei der angeblichen größten Ehrfurcht gegen die Monarchie doch eine thatsächliche Verleugung des Königs. Aber — Gott sei Dank — wir haben keinen „parlamentarischen“ König, wir haben unsere preussischen und deutschen König auf Grund unserer Verfassung und Geschichte. Die jetzigen Minister aber verziehen sich heimlich hinter dem Schilde des Kaisers, sie betampfen ihre Widersacher mit ihren eigenen blauen und schwarzen Waffeln; nur trennen und scheiden lassen sie sich nicht von ihrem Kaiser, so lange er selbst zu ihnen stehen will.“

Das „Armeeverordnungsblatt“ veröffentlicht folgende Allerhöchste Kabinettsordre, betr. Bestimmungen über die Beförderung der Unteroffiziere des Beurlaubtenstandes: Auf den Mir gehaltenen Vortrag bestimme Ich, daß 1) von den in den Beurlaubtenstand überleitenden Mannschaften des aktiven Dienststandes eine nach dem Bedarf im Mobilmachungsfalle zu bemessende Zahl als Unteroffizier-Aspiranten ausgebildet und demnach als solche entlassen wird, und daß 2) nach erneuter Darlegung ihrer Qualifikation bei Gelegenheit von Übungen und sonstigen Einberufungen ihre Ernennung zum Unteroffizier, sowie nach mehrjähriger treuer Dienstzeit im Beurlaubtstande ihre Beförderung zum Befehlswortel bezw. Wagnadmeier des Beurlaubtenstandes erfolgen darf. Das Kriegsministerium hat hiernach das Weitere zu veranlassen.

Stilhelm.

v. Kamecke.

Berlin, den 15. Dezember 1881.

An das Kriegsministerium.

Der Minister des Innern hat in Betreff des Schusses der Theater gegen Feuergefähr unter 17. d. Mts. nachfolgenden Erlaß an die Regierungspräsidenten gerichtet: Die bei dem Brandunglücke im Ringtheater in Wien gemachten Erfahrungen haben von Neuem die großen, zumeist unterschätzten Gefahren erkennen lassen, welchen das in Theatern oder ähnlichen lokalitäten versammelte Publikum bei einem dort entstehenden Brande ausgesetzt ist. Wegen verschiedener Ursachen dazu mitgewirkt haben, jene Katastrophe zu einer so entsetzlichen zu machen, so können doch auch anderwärts ähnliche Unglücksfälle eintreten, wenn denselben nicht rechtzeitig und sicher durch geeignete Schutzmaßregeln vorgebeugt wird. Bereits durch den Zirkularerlaß vom 18. November d. J. habe ich

Er achte nicht, daß zu derselben Zeit Marie noch schlaflos auf ihrem Lager ruhte und nicht nur wachend, nein, voll Thränen waren ihre schönen Augen, sie wurden verossen um Konstantin, um ihr, für ewig verlorenes Herzgenosse. Von ihrer Ohnmacht umfungen, hatte sie seine Liebeswort nicht gehört, als sie wieder zum Bewußtsein kam, kein Name über ihre Lippen glitt, traten fremde Menschen ein, er verschwand. Und heute, als er sie zum ersten Male nach langer Trennung begrüßen konnte, wie kalt, wie höhnlich hatten seine Augen sie betrachtet, als er sich steif vor ihr verbeugte, wie vor einer ihm gänzlich Fremden, von welcher er mehr Böses, wie Gutes gehört hatte.

Sie bereute, in dem Wilde gefanden zu haben, das Konstantin an die Vergangenheit erinnern mußte. Sie erwiderte bei dem Gedanken, daß er sich einbilden könne, sie liebt ihn. Sie wünschte nicht, ihn wiederzusehen, denn sie fühlte, daß sie es nicht ertragen könne, ihn abermals so steinern und verächtlich bildend vor sich zu sehen.

Endlich kam sie zu dem Entschlusse, von der Kaiserin aus Gesundheitsrückgründen einen unbestimmten Urlaub zu erbiten und, sobald sie denselben erhalten, zu ihrer Schwester zu reisen. Der alte Herr Engelhardt war vor Kurzem gestorben und Marie konnte hoffen, die ihr theuren Verwandten und die geliebte Schwester durch ihren Besuch aufzuheitern.

Müde und abgespannt erhob sich Marie am nächsten Morgen von ihrem Lager; fort von Wien! das war ihr einziger Gedanke. Sie bemerkte nicht die besorgten Mienen ihrer Kammerfrau, welcher die ungewöhnliche Blässe ihrer guten Herrin auffiel, mechanisch nahm sie eine Tasse Thee, mechanisch ließ sie sich ankleiden, dann setzte sie sich an den Schreibtisch, um der Kaiserin die Bitte um gnädigen Urlaub vorzutragen.

Endlich war dieser Brief beendet, die Fürstin atmete tief auf. Es war gethan, sie hatte die Brücke hinter sich abgeworfen, bei der Gräfin Armin hatte sie Konstantin zum letzten Male gesehen.

In dem sie von ihren Erinnerungen, wie sie wußte, auf ewig Abschied nahm, trat der Kammerdiener mit einem

Briefe ein, der soeben gebracht worden war. Sie erkannte auf dem Umschlag die Hand ihres Schwagers, löste rasch das Siegel und las:

Verehrteste, liebe Schwägerin!

In dem ich den Inhalt des Schreibens meines guten seligen Vaters durchsah, fand ich zwei an Sie adressirte Briefe, die ich Ihnen hiernüt zufende, denn ich wußte sonst kein „Fräulein Marie Weller“, auch sagen die Postzeichen, daß sie zur Zeit geschrieben sind, wo Sie, theurer Marie, in meinem Elternhause ein lieber Gast waren. Warum mein guter Vater diese Schreiben nicht an Sie abgeben hat, kann ich mir nur durch ein Verbot Ihres seligen Vaters erklären.

Mein kleiner Gerhart bedehlt herrlich. Gott erhalte ihn. Mama und meine geliebte Bertsa sind wohl und grüßen Sie herzlich. Setzt zu allen Diensten bereit Ihr Ihnen treu ergebener Schwager

Herrinand Engelhardt.

Grenzstadt am 6. Januar 1815.

Mit zitternder Hand nahm sie die Einlagen aus, ein Blick genigte, ihr zu sagen, daß sie von Konstantins Hand waren. Ihr Erstes war, dem inneren Kiesel an ihrer Thür vorzuschleichen, damit Niemand sie höre, dann öffnete sie die Couverts und las mit podendem Herzen und tränenvollen Augen Wort für Wort, was Konstantin ihr vor Jahren aus der Hülle seines in Liebe glühenden Herzes gesagt hatte.

Und auf diese Witten und Versicherungen war ihm keine Silbe Antwort zugekommen, und als er, der Liebende, der indeß ruhmwoll gekämpft hatte für die Befreiung des Vaterlandes, sie wiederah, fand er sie vermahlt!

„Jetzt verstand ich Alles, Alles! Konstantin hatte sie damals nicht vergessen, er hatte sie geliebt und — das sagte ihr sein Groll, das sagte ihr noch lebhafter ihr eigenes Herz — er liebte sie noch.“

Außer sich vor Wonne warf sie sich auf die Knie und betete, wortlos, aber innig, allhörend.

Daß sie nicht mehr frei war, hatte sie in diesem Augenblick vergessen.

Endlich war sie so weit gefaßt, daß sie wieder denken

konnte, in den letzten Minuten hatte sie sich nur von ihren Empfindungen beherrschen lassen.

Sie nahm den Brief ihres Schwagers, die beiden Schreiben von Konstantin, und legte sie in einen Umschlag. Sie selbst fügte nur ein Wärtchen bei, auf welchem geschrieben stand: Diese Briefe erhielt ich vor einer Stunde.

Wien, 10. Januar 1815.

Als die vollständige Adresse fertig war, schellte sie ihrem Kammerdiener, einem bewährten, treuen Manne, gab ihm die Schreiben und befahl ihm, dieselben dem jungen Herrn Grafen Konstantin von Hofenfort selbst zu geben oder, falls der Herr Graf nicht zu finden sei, sie zurückzubringen.

„Ich habe im Auftrage Ihrer Majestät an den Herrn Grafen schreiben müssen“, sagte die Fürstin, „deshalb bin ich verantwortlich dafür, daß der Herr Graf diesen Brief eigenhändig erhält.“

„Zu Befehl, gnädigste Frau“, erwiderte Joseph. „Liebt er mich noch, so wird er kommen, Alles wird sich auflösen, ich werde mich wieder meines Lebens freuen!“ rief sie aus. Sie trat an das Fenster, zu sehen, ob Joseph auch schnell genug sei; sie bereute, daß sie ihm nicht besprochen habe, einen Fächer zu nehmen und bin und zurück zu fahnen. Sie ging unruhig von der Thüre zum Fenster, von dem Fenster zur Thüre und wollte der Uhr nicht glauben, die ihr sagte, daß Joseph erst zehn Minuten fort sei.

Endlich, endlich vernahm sie Josephs Tritt im Vorzimmer, rasch ging sie ihm entgegen und rief: „Haben Sie den Brief abgegeben?“

„Zu Befehl, gnädigste Frau“, lautete die Antwort.

„An den Herrn Grafen selbst?“

„Zu Befehl, gnädigste Frau.“

„Und was für eine Antwort erhielten Sie?“ fragte die Fürstin mit bebender Stimme.

„Der gnädigste Herr nahm mir den Brief selbst aus der Hand, betrachtete die Aufschrift, fragten: ob die Frau Fürstin mir das Schreiben selbst gegeben hätte, und als ich das bejahte, sagte der Herr Graf, meinen unterthänigsten Empfehlung an die Frau Fürstin und legten um.“

„Rehrte um, wie soll ich das verstehen, Joseph?“ fragte erstaunt Marie. (Fortf. folgt.)

eine allgemeine Revision der öffentlichen Theater und ähnlichen Lokalitäten hinsichtlich ihrer Feuersgefährlichkeit nach Maßgabe der seitens der Akademie des Bauwesens aufgestellten Normalbestimmungen angeordnet. Im Hinblick auf den Brand im Wiener Ringtheater machte ich den Provinzialbehörden, an welche der gedachte Erlaß gerichtet ist, auf das Dringlichste zur Pflicht, diese Revisionen schleunigst durchzuführen und, je nach dem Befunde und der durch die Konstitution der betreffenden Gebäude bedingten Möglichkeit, die als erforderlich erkannten Maßregeln zum Schutze des Publikums anzuordnen, wobei die Feuerlösch-Einrichtungen, die Anlage der Korridore, Treppen und Ausgänge, die Einrichtungen zum sicheren Abfluß der Menschen gegen den Herd des Feuers, die Gas-Einrichtungen im Innern des Gebäudes und die geordnete Beleuchtung der Zugangsräume vorzugsweise in Betracht kommen. Die Erfahrung hat aber auch gezeigt, wie leicht im Augenblicke der Gefahr die gehörige Anwendung der bestehenden Schutzmaßregeln verläßt und unterlassen wird. Es muß daher besonderes Augenmerk darauf gerichtet werden, in welcher Weise die Ausführung der zur Sicherheit des Publikums getroffenen Einrichtungen hergestellt und kontrolliert werden kann. Es erscheint erforderlich, daß vor dem Beginn jeder Theatervorstellung kontrolliert werde, ob die angeordneten Schutz- und Sicherheits-Apparate sich in dem gehörigen Zustande befinden, und ob die in dieser Beziehung getroffenen Maßregeln zur Ausführung gelangt sind. Ferner wird dafür zu sorgen sein, daß geeignete Personen ausschließlich dazu bestimmt werden, während der Zeit, in welcher die betreffenden Räume dem Publikum geöffnet sind, die angeordneten Schutzmaßregeln zu handhaben und sich während dieser Zeit an derjenigen Stelle aufzuhalten, wo die Maßregeln zu ergreifen, also z. B. wo der betreffende Schutzapparat in Bewegung zu setzen ist. Zur Erreichung der vorstehend bezeichneten Zwecke wird es sich empfehlen, die bereits im Erlaße vom 18. November d. J. in Aussicht genommenen Spezial-Kommissionen nimmere überall da, wo öffentliche Theater oder ähnliche Lustbarkeiten sich befinden, ins Leben treten zu lassen. Was die Bildung derselben betrifft, so wird es darauf ankommen, die den Organen der Polizeiverwaltung beizugehörigen Mitglieder der Kommission aus den geeigneten Elementen der Bevölkerung, je nach den lokalen Verhältnissen, auszuwählen. Ich überlasse den königlichen Provinzial-Verwaltungsbehörden, in dieser Beziehung die erforderlichen Anordnungen zu treffen. Ueber die Ausführung dieser Verfügung sehe ich einer Anzeige entgegen.

Der „Post. Ztg.“ zufolge verlautet, daß die Reichsregierung eine internationale Ausstellung in Berlin wenigstens für das laufende Jahrzehnt nicht für opportun ansehe.

Kassel, 20. Dezember. Vorgestern war der neuernannte Bischof von Fulda beim Oberpräsidenten Grafen zu Guleuburg in Gemeinschaft mit dem Dekananten Müller von hier zu Tisch geladen. Die Staatskassiere zu den Gehältern der Geistlichen werden vom 1. Oktober d. J. ab ausbezahlt. Der Oberpräsident wird sich zu den Eingangsfeierlichkeiten nach Fulda begeben.

Watis, 19. Dezember. In einigen unserer Nachbarnorte sind in den jüngsten Tagen von Seiten der Socialdemokraten Ausschreitungen gegen Gendarmarie vorgekommen. Zwischen Einwohnern und Gendarmen wurden jüngst zwei Gendarmen in der Nacht überfallen und furchtbar mißhandelt. Auf Einbreiten der Staatsanwaltschaft sind viermal bereits 7 Einwohner von Gosenheim verhaftet worden. Am Wabstage wurde in Gosenheim nach 10 Uhr durch die Gendarmarie in einer Wabstube, in welcher vorzugsweise Socialdemokraten verkehren, Fiesten abgehalten. Der Wirth und seine Angänger legten sich gegen die Gendarmen auf und als diese auf der Straße waren, wurden sie mit Steinen geworfen, so daß die Gendarmarie von der blanken Waffe Gebrauch machen mußte.

Dresden, 21. Dezember. Soeben wird das Gesetz über die einseitige Fortsetzung der Steuern und Abgaben im Jahre 1889 veröffentlicht. Es heißt in demselben: Im Jahre 1889 sind vorübergehend der definitiven Regulierung, durch das für die Finanzperiode 1882/83 zu erlässende Finanzgesetz bis zum Ablauf dieses Gesetzes zu ersetzen: a) die Grundsteuer nach 4 Pfennigen von jeder Steuerinheit; b) die Einkommensteuer nicht einem Zuschlag von zwanzig Prozent eines ganzen Jahresbetrags; c) die Steuer von Gewerbetrieben in Umbezirken; d) die Schladestener, insoweit die Uebergangsteuer vom vereinständischen Fiskus; e) die Erbschaftsteuer; f) der Urfahrszempel. Bei der Einschätzung zur Einkommensteuer im Jahre 1889 ist auch insoweit, als die Einkommen des Jahres 1878 und früherer Jahre der Feststellung des steuerpflichtigen Einkommens zu Grunde zu legen sind, die Gewerbe- und Personalsteuer nicht und die Grundsteuer nur nach Höhe von vier Pfennigen auf die Steuerinheit in Abzug zu bringen. Alle sonstigen Abgaben, Natural- und Geldleistungen, welche nicht ausdrücklich aufgehoben sind oder noch aufgehoben werden, bestehen vorchriftsmäßig fort. Auch bleiben den Staatskassen die ihnen im Jahre 1881 in Gemäßheit des Staatshaushaltsplans zugewiesenen übrigen Einnahmeposten ebenfalls bis zum Erlaße des künftigen Finanzgesetzes für die Finanzperiode 1882/83 zugewiesen.

Dresden, 21. Dezember. Bei der heutigen Berathung der zweiten Kammer erklärte der Minister des Innern, die Regierung wünsche lebhaft die baldige richterliche Regelung der Unfallversicherung, da ohne eine solche die geordnete Basis für die beschlossene Konzentration der Knappschaftskassen fehle.

München, 21. Dezember. Die Abgeordnetenkammer beriet heute den Etat des Ministers des Innern. Der Dispositionsfonds wurde ohne weitere Debatte abgelehnt; für die Bewilligung stimmten nur die Linken aus 4 Konservative, gegen dieselbe stimmte die gesammte Rechte.

München. Wie die „Sidd. Pr.“ hört, wird in der Reichsraths-Kammer der zum Referat über die Frage der

Zivilrechte bestellte Staatsrath von Bombard die Ablehnung des in jenem Betreff von der zweiten Kammer gestellten Votantages vorzulegen.

Stuttgart, 19. Dezember. Der „Rif. Pr.“ wird von hier geschrieben: Der seitige Hauptführer unserer Deutschkonservative, der Direktor der hiesigen Rentenanstalt Herr Jeger, hat sich von seinen seitigen Genossen losgelöst, welche, nach seinen eigenen Worten, „unser Volk durch eine fortgesetzte Agitation, in welcher mehr verprochen wird, als gehalten werden kann, in Aufregung erhalten.“

Stenographischer Bericht

Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung
Montag den 19. Dezember Nachmittags 5 Uhr.
(Fortsetzung.)

Stadttrath Jordan: Die Regulierung der sogenannten verlängerten Wilhelmstraße gehört zu den Sachen, die man unter Rubrik „Beeflange“ aufführen konnte. Seit 10 Jahren ist dort eine Regulierung notwendig und sind die verschiedensten Versuche gemacht, die Sache zu erledigen. Aber immer sind uns hier neue Hindernisse entgegengetreten. Jedenfalls ist die Baukommission und der Magistrat davon durchdrungen, daß hier einmal vorgegangen werden muß. Sie werden sich vielleicht aus früheren Verhandlungen erinnern, daß schon mit einzelnen Anwohnern Separatverträge durch die Baukommission angebahnt sind, die damals durch den Herrn Stadtkonrath Schulz motiviert wurden. Es wurden damals Verträge geschlossen mit den Herren Schilling und Spiegel, die an dem größten Enghals der Straße zwischen dem v. Harraß'schen Konvikt und dem Prof. Freitag'schen Hause Grundstücke, das sie uns die Hälfte des nötigen Straßenterrains umsonst abtraten und die andere Hälfte bezahlt bekamen, daß sie außerdem die Kosten der Straßenregulierung, der Bodenabtragung, der Pflasterung, der Regulierung der Bürgersteige, der Kanalkantierung einen bestimmten Beitrag gäben und zwar mit dem Moment, wo mit der Regulierung wirklich vorgegangen werden würde. Beide Herren haben das nötige Terrain an die Stadt ausgelassen und den Teil bezahlt erhalten, den wir ihnen versprochen hatten und im Uebrigen wegen der Straßenerhellung Kautem gestellt. Dasselbe ist der Fall bei den anderen Häusern. Auch mit den Herren Prof. Freitag und Holzschubauer Sessert sind schon Verträge angebahnt, wonach die Herren sich zu denselben Verpflichtungen bereit erklärt haben. Ich muß bemerken, daß da, wo die Straße breiter wird und ein Enghals verläßt, sich die Abtretung des Grund und Bodens auf das ganze Terrain erstreckt, was vor dem landwirthschaftlichen Institut gelegen ist. Das landwirthschaftliche Institut resp. die Universität hat sich nach vielen Verhandlungen bereit erklärt, eine Kaufsumme für die Regulierung der Straße beizutragen unter der Bedingung, daß baldmöglichst mit der Regulierung vorgegangen wird. Diese Anwendung wird möglicher Weise in Frage gestellt, wenn wir ohne einen kräftigen Grund länger gehen. Außerdem sind die Zustände so häßlich, kann man wohl sagen, zwischen der Wuchererstraße und dem Prof. Freitag'schen Hause, daß notwendiger Weise auch zur Wegabrammung gesehen muß. Die Anwohner bezahlen auch ihre Steuern, und man muß etwas thun, um den Weg überhaupt passierbar zu machen. Nun ist durch unglückliche Verhältnisse, die ich nicht weitläufig erörtern will, das eine Stück dieses Straßenterrains in den Privatbesitz des Herrn Kaufmann Dierich übergegangen. Herr Kaufmann Dierich liegt als ein ganz Fremder mit seinem Grundstück dazwischen, und das Areal soll einmal Straße werden. Nun bezweifle ich, daß Herr Dierich das Areal würde umsonst abtreten wollen. Er hat uns jetzt eine verhältnismäßig billige Offerte gemacht, wonach er natürlich zurücktreten würde, wenn seine Anerbietungen nicht angenommen würden. Herr Justizrath Fiebigler tritt nun er meint, daß die eine Seite nicht unbedingt ist. Auf der Seite des landwirthschaftlichen Instituts sind allerdings keine Häuser, aber die Universität hat mit uns ein Abkommen in Betreff eines Kaufquantums abgeschlossen, wodurch das angelegliche ist. Dies Abkommen ist von der Versammlung acceptirt. Auf der anderen Seite aber stehen Häuser. Nun befindet sich hier ein Wald, der erworben werden muß. Wer soll das Terrain hergeben? Die Hausbesitzer, die da längst gebaut haben, werden unmöglich in unentgeltlicher Herabgabe veranlaßt werden können. Wir müssen auf alle Fälle das Terrain kaufen. Ich möchte Sie darum bitten, da die Sache drängt und da Herr Dierich drängt, der früher höhere Forderungen gemacht hat, den Antrag des Magistrats anzunehmen. Sollten die anderen Abzicenten auf dem Wege des Dreistaus zu unentgeltlicher Herabgabe veranlaßt werden können, das Terrain wieder von uns zurückzuerwerben, es uns als Straße zu geben, so ist durch den heutigen Fall nichts präjudicirt. Wir setzen uns nur in Bezug eines durchaus notwendigen Terrains. Ich bitte Sie der Vorlage zuzustimmen und damit einen kräftigen Schritt weiter zu thun in einer Angelegenheit, die in der That ein Stenakal für die unmittelbare Nachbarschaft ist. Die Sache muß auch deswegen gefördert werden, weil die königliche Universität wiederholt drängt für die Offerte, die sie uns im Betrage von etwa 8000 A., wenn ich mich recht erinnern, gemacht hat, nun endlich einmal vorzugehen. Die Rücklinie ist bereits in einer früheren Sitzung bestimmt, und wenn Sie zustimmen, entstehen uns wirklich keine weiteren Hindernisse mehr.

Stadttr. Fiebigler: Wir haben von dem Herrn Referenten vernommen, daß er uns ganz genau die Beschlüsse der Sache nicht erzählen konnte, weil ihm die Vorarbeiten nicht zugehört sind. Ich bedauere das gewissermaßen. Denn wir haben allenfalls das Recht, sondern auch die Pflicht, in allen Stücken, die wir hier verhandeln, möglichst klar zu sehen. Ich kann sagen, daß diese Angelegenheit in der Baukommission doch sehr großes Kopfschütteln erregt hat und bin überzeugt, daß sie auch in den Kreisen der Bürgerchaft mit Befremden aufgenommen werden wird.

Die Sache ist nicht ein unglücklicher Zufall, wie der Herr Referent das milde bezeichnet hat. Ich erlaube mir die Sache auf ein Versehen der damaligen städtischen Behörden zurückzuführen. Wenn dem Vorbesitzer die Maßgabe gemacht wurde, dieses Stück, was wir heute mit 3000 - 4000 A. erwerben müssen, zur Straße liegen zu lassen, so hatte meiner Ansicht nach die Behörde die Pflicht, auch nach den anderen Schritt zu thun und das Grundstück sich übergeben zu lassen. Das ist geschehen bei vielen anderen Fällen, wo Regulierungen vorgenommen wurden, als auch noch kein Dreistatut existirte. Ich erinnere nur an die Bebauungen der Lude und der Degenhof'schen Breite. Wenn hier die Straßenterrains nicht übergeben wären, so würden wir in der Lage sein, auch noch die Straße in der Lude u. s. w. ganz oder theilweise kaufen zu müssen. Ebenfalls hat man damals nicht daran gedacht, daß wir im Jahre 1881 das Terrain noch einmal mit einer Summe von drei bis vier Tausend Mark würden erwerben müssen, sondern man hat gemeint, daß wir das Terrain als Straßenterrain frei haben würden. Man hat nur verabsäumt, die notwendigen weiteren Schritte zu thun, die man bei anderen Stellen nicht verabsäumt hat. Also ich behauere außerordentlich, daß hier meine Ansicht nach ein Fehler vorliegt, wenn schon ich ein Interesse der Sache, die schon so lange wartet, für den Antrag des Herrn Referenten stimmen muß. Für eine Vertagung würde ich mich auch nicht aussprechen, da wir schließlich das Geld würden zurück erhalten können. Ich wollte jedoch nicht unterlassen, wie mir mein Gewissen vorgeschreibt, auf diesen Punkt hinzuweisen.

Referent: Ich will noch hervorheben, daß Herr Dierich in der Wuchererstraße die Häuser Nr. 3 und 4 besitzt, aber nicht das Eckhaus Nr. 2, welches in der verlängerten Wilhelmstraße liegt. Er besitzt auch neben der Front dieses Eckhauses, welches dem Herrn Koch gehört, einen kleinen Streifen von 3 m Länge, der den Ausgang zu seinem Hofe, der zu den Häusern Nr. 3 und 4 gehört, bildet. Herr Dierich ist wohl eigentlich nicht Abzicent mit der Baustelle in der verlängerten Wilhelmstraße, und da liegt die Sache so, daß man es ihm nicht verdenken kann, wenn er das Terrain nicht unentgeltlich hergeben will. Was nun die von Herrn Friedrich angelegte Sache anlangt, so wollte ich aussprechen, daß ich eine andere Auffassung habe. Ich habe mich vielleicht vorhin nicht ganz richtig ausgedrückt. Ich habe Dinge, die ich nicht ganz bestimmt und allemöglich nachweisen kann, zu präzisieren unterlassen wollen, weil vielleicht irgend eine Persönlichkeit sehr unangenehm berührt werden könnte, wenn ein Punkt nicht so ganz genau festgelegt würde. Meinem Wissens nach auch den städtischen Behörden kein Vorwurf gemacht werden. In den früheren Jahren, weil der Beschluß des Dreistatutes, wurde in der Regel die Sache so gehandhabt, daß dem Gebauer die Erlaubnis zu bauen nur unter der Bedingung gegeben wurde, daß er auf dem zur Straße entfallenden Terrain nicht bauen durfte. So geht es eine Masse Terrains. Ich erinnere nur an das Stück, welches dem Herrn Krowetz meiner Ansicht nach noch heute gehört neben der neuen Gasanstalt. Dies Terrain ist auch noch nicht in das Eigenthum der Stadt übergegangen. Ich meine, es gab damals noch keine rechte Handhabung, man hatte noch nicht diese Form gefunden, solche Flächen gleich formell im Grundbuche auf die Stadt zu übertragen. Nun ist Herr Voelt, dem dieses Straßenterrain als Grundgrundstück geblieben ist, in die Lage gekommen, dieses Grundgrundstück an einen Dritten zu verkaufen. Da ist die Sache so gekommen, wie sie jetzt liegt. Man kann doch aber den Abzicenten jetzt unmöglich zumuthen, noch ein Terrain zu bezahlen, was gar nicht vor ihren Grundstücken liegt. Ich möchte Sie doch bitten, so unangenehm es sein wird und so sehr ein Fehler entriert ist, daß man die Sache kommt, jetzt nach vielen Jahren derartige Terrains bezahlen zu müssen, dem Antrage zuzustimmen. Wir sind in den Anwohnern schuldig, endlich einmal Ordnung in der Straße zu machen. Ich möchte Sie bitten, die Summe zu bewilligen.

Stadttr. Görtlig: Ich bedauere zunächst, daß Herr Friedrich zu jener Zeit nicht schon Stadtrath geworden war. Dann würden wir nicht in die Lage gekommen sein, hier eine solche Summe bewilligen zu müssen. So wenig ich mich nun berufen fühle, den Magistrat in Schutz zu nehmen, so muß ich doch konstatieren, daß dem Magistrat in jener Zeit kein Fehler vorzuwerfen ist. Der Magistrat hat zu jener Zeit von den Abzicenten schon weit mehr verlangt, als heute auf Grund des Dreistatutes verlangt werden kann. Es kann nur verlangt werden, daß der Gebauer das Terrain in der Hälfte zur Straße herabsetzt, daß er ferner die Ausbaulosten für die Hälfte der Straße nach Maßgabe der Frontlänge zahlt. Was hat nun die Behörde damals verlangt? Das nicht die halbe, sondern die ganze Straßbreite herzugeben werde und daß die Gebauer die Straßbaulosten für die ganze Breite zu tragen hätten; da kann man wohl dem damaligen Magistrat keinen Vorwurf machen; sondern nur ihm dankbar dafür sein. Wenn nicht solche Forderungen in der Vergangenheit existirt hätten, so wäre das Dreistatut nicht notwendig gewesen. Ich gebe zu, daß die Voraussetzungen, die man damals gehabt hat, vielleicht nicht gut getroffen hat. Man hat zu jener Zeit wohlgeachtet vermutet, daß auch an dieser Straße gebaut werden würde, anstatt daß, wenn es geschehen ist, die Front der Häuser nach der Wuchererstraße gebaut wurden. Das ist die Ursache, daß nun in der verlängerten Wilhelmstraße Niemand bei der Front abjiziert, wenn die Gegenstände Niemand mit. Wenn nun nicht der Zufall es mit sich brachte, daß auf der einen Seite in der ganzen Länge die Universitätsbehörden abjizieren, wenn die Gegenstände anders liegen, dann würde das zutreffen, was Herr Justizrath Fiebigler empfindet, dann würde es zweckmäßig sein, die Vertagung auszusprechen, um abzuwarten, bis das Dreistatut einen Nachschuß bekommt.

Die Verhältnisse liegen aber anders. Die Universität wird auf Jahrzehnte hinaus nicht bauen, und die Häuser (Fortsetzung in der Beilage.)

Verantwortlicher Redakteur: Paul Wolf in Halle.

